

Danziger Zeitung

№ 18180

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Neffnerhagergasse Nr. 2, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,75 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Der Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung.

Wenn die Londoner Meldung, daß die internationale Arbeiterschutz-Conferenz erst am 18. April zusammentreten werde, sich bestätigen sollte, so würde man darin nur einen Beweis mehr dafür sehen können, daß die Reichsgesetzgebung auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes internationalen Abmachungen über die bez. Fragen nicht folgen, sondern vorgehen werde. Soweit bisher Näheres über die Staatsratsbeschlüsse betreffend die Arbeiterschutzfrage bekannt geworden ist, würde die gesetzliche Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken sich ungefähr in dem Rahmen bewegen, den auch die Beschlüsse des Reichstages vom Jahre 1887 eingehalten haben. Weber ist von einem Verbot der Kinderarbeit noch von einem Ausschluß der Arbeiterinnen aus den Fabriken die Rede. Die Beschlüsse des Reichstages gingen bekanntlich dahin, Kinder in Fabriken erst vom 13. Jahre zuzulassen, wofür sie ihrer landesgesetzlichen Schulpflicht genügt haben, die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren auf die Dauer von 6 Stunden zu beschränken, diejenigen von jugendlichen Arbeitern zwischen 14 und 16 Jahren auf 10 Stunden, Wöchnerinnen während 4 Wochen nach ihrer Entbindung nicht zu beschäftigen, die Beschäftigung von Arbeiterinnen in gewissen Betrieben ganz zu untersagen, ebenso in Fabriken an Sonn- und Festtagen und in der Nachtzeit von 8 1/2 Uhr Abends bis 5 1/2 Uhr Morgens.

Bei den Beratungen des Reichstages ist bekanntlich die Einführung dieser Arbeitsbeschränkungen auf Grund einer vorhergehenden internationalen Vereinbarung nur von denjenigen Seiten für notwendig erklärt worden, welche einer Ergänzung der Gewerbeordnung in dieser Richtung zwar principiell nicht zu widersprechen wagten, im übrigen aber dieser Gesetzgebung möglichst Hindernisse zu bereiten wünschten. Die Mehrheit des Reichstages aber ging von der Voraussetzung aus, daß die Durchführung der Beschlüsse die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie gegenüber dem Auslande nicht in Frage stellen würde. In den kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar war, wie erinnerlich, nicht von der Voraussetzung ausgegangen, daß einem Vorgehen der Gesetzgebung auf diesem Gebiete die Verständigung mit den auf dem Weltmarkt concurrenzierenden Staaten in jedem Punkte vorausgehen müßte. Es sollte zunächst im Staatsrathe untersucht werden, inwiefern eine Erweiterung des Arbeiterschutzes nur auf Grund internationaler Vereinbarungen, d. h. unter gleichzeitigem Vorgehen der übrigen Staaten, stattfinden dürfe. Wie glaubwürdig verlautet, hat der Staatsrath eine Erweiterung der auf den Arbeiterschutz bezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung in dem von dem Reichstage beantragten Umfange als bringlich anerkannt, auch wenn eine internationale Verständigung in gleichem Umfange nicht zu Stande komme.

Bei dieser Sachlage ist es nicht ausgeschlossen, daß im Falle einer Verzögerung der Konferenz oder der Ergebnisse derselben der Reichstag schon in der nächsten Session mit einer bezüglichen Vorlage befaßt werde. Eine Befähigung dieser Annahme enthält die Ansprache, welche der Kaiser an die Mitglieder des brandenburgischen Provinziallandtages gerichtet hat, in der er die Hoffnung ausspricht, daß die Erfolge der Beratungen des Staatsrates bald in gesetzlicher Form für unser Vaterland nutzbringend wirken würden. Tritt die Konferenz, wie bisher angenommen wurde, schon Mitte dieses Monats

zusammen, so würde die Vorlage für den Reichstag, dessen Berufung etwa Mitte April stattfinden soll, bereits unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Konferenz erfolgen können. Wollte man daran festhalten, daß der Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung selbst in den bescheidenen Grenzen, in denen die Reichstagsbeschlüsse sich halten, von internationalen Abmachungen abhängig bleiben müßte, so würde damit die Ausführung des Programms der kaiserlichen Erlasse zum mindesten erheblich verzögert werden.

Was die Frage der Arbeiterausschüsse betrifft, so scheint trotz des Beschlusses des Staatsrates über die Frage, ob eine gesetzliche Regelung derselben anzustreben sei, noch nicht das letzte Wort gesprochen zu sein. So erfreulich die Initiative, welche die fiskalischen Bergwerksverwaltungen in dieser Richtung ergriffen haben, so optimistisch erscheint die Annahme, daß der Vorgang der staatlichen Verwaltungen einen zwingenden Einfluß auf die Verwaltungen der Privatbergwerke ausüben werde, man müßte denn annehmen, daß diejenigen Mitglieder des Staatsrates, welche einen gesetzlichen Zwang zur Einführung der Arbeiterausschüsse perhorrescirt haben, damit lediglich den Privatverwaltungen die Möglichkeit hätten offen halten wollen, das, was nun einmal geschehen soll, anscheinend aus freien Stücken zu thun. Mit dem, was über den Verlauf der Verhandlungen im Staatsrathe verlautet hat, steht diese Annahme indessen nicht im rechten Einklang.

Deutschland.

Berlin, 6. März. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat gestern, und zwar, wie bekannt, nicht zum ersten Mal, Nachrichten über eine Verlobung der Prinzessin Margarethe mit dem Großfürsten-Thronfolger von Rußland, denn nur darum kann es sich handeln, in einer halb officiellen Note widersprochen. Die Versicherungen, daß die bez. Mittheilungen auf müßiger Erfindung beruhten, dürften indessen mit der wirklichen Sachlage nicht recht im Einklang stehen. Es ist sozusagen ein öffentliches Geheimniß, daß Nachrichten dieser Art aus Kreisen herkommen, die sich in der Regel wenigstens mit müßigen Erfindungen nicht abgeben. Die thatsächliche Bedeutung des Dementis der „Nordd. Allg. Ztg.“ liegt ohne Zweifel darin, daß die Meinungsverschiedenheiten, welche bisher über diesen Punkt bestanden haben, jetzt beseitigt sind. Daß gerade die „Nordd. Allg. Ztg.“ ausgesprochen wurde, das Dementi zu veröffentlichten, weist ziemlich deutlich darauf hin, welche Auffassung in dieser Frage Oberhand behalten hat.

[Für das Kaiser Friedrich-Denkmal bei Wörth] stehen bereits 150 000 Mk. zur Verfügung. [Contre-Admiral Heuser.] Die „Börse-Ztg.“ will wissen, daß Contre-Admiral Heuser nicht mehr auf seinen Platz in Berlin zurückkehren, sondern nach Ablauf seines Urlaubes ein seinem Range entsprechendes Stellung im activen Dienst der Marine erhalten wird. Die Schwierigkeit der Stellung und die durch die Trennung zwischen Ober-Commando und Verwaltung der Marine entstandenen Differenzen sollen ihn zu seinem Entschlusse bewegen haben. [Alexander Meyer.] Der bekanntlich sein Mandat in Halle verloren hat, soll an Trägers Stelle bei der Nachwahl in Berlin I aufgestellt werden.

[Prof. Delbrück über die freisinnige Partei.] Ueberraschend ruhige Ausführungen aus der Feder des früheren freiconservativen Abgeordneten Delbrück finden sich in den „Preuß. Jahrb.“ Es wird an den Ausfall der Wahlen angeknüpft und offen gestanden, daß die freisinnige Partei

nicht nur durch fremde Hilfe, sondern auch aus eigener Kraft einen Aufschwung genommen habe, den man nicht voraussetze. Der erste Grund für dieses Anwachsen sei der wirtschaftliche. Die „Schutzgesetzgebung mit besonders starkem agrarischen Accent“ müsse bei der Preissteigerung einen Sturm gegen die „Lebensmittelvertreuer“ hervorrufen. Das Schweine-Einfahrverbot habe diesen Sturm noch gesteigert. Delbrück meint aber, daß die Förderung der agrarischen Interessen der Regierung nicht einmal die ländliche Bevölkerung zugeführt habe. Das hindere einerseits der Mangel eines Wildschabengesetzes, andererseits die neue Branntweinsteuer — „trotz des Opfers von vollen vierzig Millionen Mark, das der Staat gebracht hat.“ Der Verfasser rügt ferner den Mangel einer Reform der directen Steuern. „Mancherlei Vorkehrungen“, die auch in den bestgefinnten Kreisen Mißstimmung erzeugten, „die Broschüre „Auch ein Programm aus den 99 Tagen“ und der harmenartige Prozeß haben sicherlich dem Freisinn Tausende von Stimmen eingebracht.“ Delbrück kommt nun bei der Betrachtung der Zukunft zu dem Schluß, daß die Regierung der freisinnigen Partei Zugeständnisse machen müsse:

„Fehlt es wirklich in der Partei, die sich die deutsch-freisinnige nennt, so ganz und gar an Elementen, mit denen eine deutsche und trotz allem im Grunde liberale Regierung Beziehungen anknüpfen kann? Nach allen Regeln des Constitutionalismus ist die Regierung verpflichtet, diese Frage auf das ernstlichste zu erwägen, nicht mehr bloß taktisch, sondern, es muß rund ausgesprochen werden, auch sachlich.“

Man müsse dem Freisinn praktisch entgegenkommen. Professor Delbrück erinnert an die Haltung der Abgeordneten Bamberger, Alexander Meyer, Richter, v. Jordanbeck, v. Stauffenberg nach 1866 und knüpft dann an die Erklärungen Hänel's an, indem er sagt:

„Es wäre eine Verleumdung an dem nationalen und protestantischen Geiste, zu behaupten, daß man besser mit Herrn Windthorst und mit katholischen Caplänen Compromisse schließen könne, als mit diesem Vertreter des Liberalismus. Man braucht nur die Brömel, Goldschmidt, Witte, Siemens, Hoffmann, Zelle einmal anzusehen, um nicht mehr zu zweifeln, daß die Elemente der Verständigung auf dieser Seite nicht fehlen. Um die Socialdemokratie erfolgreich zu bekämpfen, bedarf man nothwendig auch jener bürgerlichen Kreise, welche jetzt noch in der deutsch-freisinnigen Partei vertreten sind ... Arbeiterschutz, Arbeitersauschüsse, Wohnungsgesetze sind Dinge, denen die Deutsch-freisinnigen nicht mehr principiell widerstreben. An der Regierung ist es, den Versuch zu machen, sie zu der praktisch-positiven Mitarbeit heranzuziehen ... Nicht von heute auf morgen ist eine solche Wendung zu erwarten ... Schließlich wird man sich zu entscheiden haben, ob man weiter nach rechts will zum Clericalismus oder nach links zum Liberalismus ...“

Die von Delbrück ausgesprochenen Gedanken werden, bemerkt dazu die „Börs. Ztg.“, offenbar in weiten Kreisen getheilt.

[Parlamentarische Veteranen.] Im neuen Reichstag werden nur noch fünf Mitglieder sein, welche sämmtlich norddeutschen und deutschen Reichstagen seit 1867 an als Vertreter desselben Wahlkreises ununterbrochen angehört haben; es sind der Feldmarschall Dr. Graf v. Moltke für Memel-Heidenburg, der Vicepräsident des Landtages v. Benda für Wamleben, der Freiherr v. Urabe-Bomst für Bomst-Meseritz, Dr. Windthorst für Meppen und Professor Hänel für Kiel. 1867 gehörten zu diesen Mitgliedern noch die inzwischen Verstorbenen v. Bernuth und Günther-Dschak, ferner der Burggraf zu Dohna und Senator Römer, die sich wegen ihres hohen Alters jüngst von der Wahl ferngehalten haben, und endlich der Herzog von Ratibor, der in seinem

Wahlkreis nicht wiedergewählt, sondern einem Centrumsandidaten unterlegen ist.

[Die Stärke der Parteien im Reichstage] ist nach den Berichtigungen, welche die vorläufige Feststellung der Resultate durch die amtliche Auszählung erfahren hat, nunmehr endgiltig folgende: Centrum 107, Conservative 70, Freisinnige 69, Nationalliberale 40, Socialdemokraten 35, Reichspartei 20, Polen 16, Welfen 11, Elbfässer 11, süddeutsche Volkspartei 10, Antifamilien 4, Wilde 3, Däne 1.

[Eine Amtsenthebung wegen freisinniger Agitation], die nach einem ausführlichen Bericht der „Bonner Zeitung“ von Seiten der Arnberger Regierung über den Lehrer F. auf Beckacker im Amte Cangerfeld ausgesprochen ist, erregt in Lehrerkreisen großes Aufsehen. Der bei seinen Schülern sehr beliebte und in der Gemeinde allgemein geachtete Lehrer hat, wie berichtet wird, für den Abgeordneten Eugen Richter agitiert und dabei einzelne Gesetze einer abfälligen Kritik unterzogen, soll auch in antimierter Wirthschaftsstimmung politische Aeusserungen gethan haben, die geeignet seien, ihm das Vertrauen seine Behörde zu entziehen. Die zahlreichen Fälle, in denen besonders bei den Angkswahlen im Jahre 1887 neben anderen Beamten auch Lehrer und höhere Schulbeamte sich an der maßlosten Agitation für das Cartell betheilig haben, sind durch die nachfolgenden Parlamentsverhandlungen zu allgemeiner Kenntniß gelangt. Zutreffend erinnert das „B. Tgl.“ an den Waldenburger Arbeiterschulinspector Dr. Gregorovius und den Lehrer Sommer. Auch bei den soeben beendeten Wahlen fehlt es an Vorherkommen dieser Art keineswegs. Von einer Bestrafung dieser Agitatoren hat indessen nichts verlautet; vielmehr ist der Waldenburger Arbeiterschulinspector nicht lange nach den betreffenden Verhandlungen im Reichstage zum Seminar-director befördert worden. Im Arnberger Regierungsbezirk ist der jetzt erfolgten Amtsenthebung eines Lehrers eine andere kürzlich vorausgegangen, die des Lehrers Beckmann in Berghofen, welche nach eingeleger Berufung die Befähigung des Ministers v. Cospolier erfahren hat. Dem letzteren wird zur Last gelegt, daß er in einem Vortrage, der vor Amtsgenossen gehalten wurde, die geistliche Schulinspektion wegen ihrer unheilvollen Folgen eine „unästhetische Institution“ nannte ein Ausdruck, der in schulpolitischen Schriften öfter wiederkehrt und sogar von dem orthodoxen Rector Dörpeld in seiner „Lebensgeschichte der Volksschule“ gebraucht wird. Die Berathung des Cultusetales wird hoffentlich Gelegenheit bieten, diese Vorherkommen einer öffentlichen Besprechung zu unterziehen. Will die Regierung die Beamten und Lehrer von der Wahlbewegung und dem politischen Leben überhaupt fernhalten, so muß auch gegen die Angehörigen aller Parteien in gleicher Weise vorgegangen werden.

[Socialdemokratische Sammlungen.] Die socialdemokratischen Abgeordneten Bebel, Grillenberger, Diebknacht, Meißner und Singer veröffentlichten die bei ihnen vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1889 eingegangenen Beiträge: zum Unterstützungs-Fonds (etwa 2000 Mk.), zur Unterstützung der Elberfelder Angehörigen und deren Familien (etwa 7000 Mk., darunter von Berliner Genossen 1. und 2. Rate 4000 Mk.), für den Wahl-Fonds (über 12 000 Mk., darunter von holländischen Parteigenossen 200 Mk.), für den Adiktendentag 200 Mk., „für die Familien unserer Verstorbenen“ 30 Mk.

[Ausfäureungen bei den Wahlen.] Auch aus Eschau in Sachsen wird von Ausschreitungen häufig im Innern des Hauses ihre Nester und sind trotz der peinlichen Reinlichkeitsliebe der Japaner gern gebildet, da ihr Bauen im Hause Glück bringen soll; hauptsächlich aber schützt man sie wohl auch, weil sie dazu beitragen, der in dem heißen Klima so empfindlichen Insectenplage zu steuern. Die Tugend der Reinlichkeit ist bei den Japanern in hohem Grade entwickelt, obgleich sie sich manchmal in einer von der unsrigen verschiedenen Art äußert. Da, wie schon erwähnt, die Fußbodenmatten zum Schlafen benutzt werden, so ist es Sitte, bevor man ein Zimmer betritt, die Fußbekleidung abzulegen, um jede Verunreinigung der Matten zu vermeiden. Unsere nicht sehr lobenswerthen Sitten, Cigarrenrauche, Streichhölzer u. s. w. auf den Fußboden zu werfen, anderer übler europäischer Gewohnheiten gedenke ich zu gedenken, sind daher dem Japaner ein Bräuel.

Das häufige Waschen von Gesicht und Händen, welches wir als selbstverständlich betrachten und wozu bei uns in jedem Schlafzimmer die Möglichkeit geboten ist, spielt in Japan eine weit untergeordnete Rolle, man findet für das ganze Haus nur ein Brunnchen oder in der Hof-Veranda ein Waschbecken aus mehr oder weniger kostbarem Material angebracht, der Fußboden unter demselben ist so angelegt, daß das Anfließen und Stehenbleiben des Wassers vermieden wird; gewöhnlich ist das Becken mit Zufluß von frischem Wasser versehen, über demselben befindet sich ein kleines Dach, um das Hineinfallen von Blättern zu verhindern, dasselbe trägt zugleich für den Gebrauch im Dunkeln eine meist reich verzierte Laterne. Jedes auch nur einigermaßen bessere Haus ist dagegen mit einem Badezimmer für heiße Bäder ausgestattet, und da solche Bäder täglich wenigstens einmal, gewöhnlich aber öfters genommen werden, so ist es wohl erklärlich, daß Waschungen von Gesicht und Händen nicht so gebräuchlich und auch nicht so unbedingt nothwendig sind, wie bei uns. Für die ärmeren Volksklassen, welche sich den Luxus eigenen

halten u. s. w. bestimmten Räume und Säle, nach ihrer verschiedenen Bestimmung getrennte Gruppen vereinigt und nur durch Galerien mit einander verbunden, enthalten.

An Reichtum der Decorationen und künstlerisch durchgeführten Arbeiten, wie Gefäße, Möbel u. s. w., stehen natürlich die Bauten des Adels und der kaiserlichen Hofhaltung obenan. Aber auch in den nicht den obersten Bedürfnissstufen angehörigen Kreisen wird viel auf künstlerisch ausgeführte Schmuckgegenstände und Hausgeräth gehalten. Diese werden aber nicht, wie bei uns, wo jeder alles, was er nur besitzt, in seinen Zimmern zur Schau stellt, in der Wohnung versteckt, sondern in dem Hauptraum des Hauses sind zwei Nischen angeordnet, deren eine offen, während die andere mit Brettern und kleinen Schränken ausgestattet ist; in diesen Nischen werden abwechselnd einzelne Stücke des Geräthes zur Ansicht aufgestellt, um nach einiger Zeit anderen Platz zu machen, so daß dem häufiger wiederkehrenden Besucher immer neue Gegenstände des Interesses geboten werden. Die nicht ausgestellten Werthgegenstände werden in dem schon oben erwähnten stärkeren Gelasse aufbewahrt. Bei der leichteren Bauweise der Häuser bieten dieselben keinerlei Schutz gegen Diebstahl oder Feuergefahr, deshalb befindet sich im Hofe oder Garten eines jeden besseren Hauses ein massives, diebes- und feuerfestes, alleinstehendes kleines Bauwerk, welches zum Aufbewahren der Werthgegenstände dient.

Die Ausstattung der Zimmer mit Möbeln ist nach unseren Begriffen spärlich. Einige kleine Schränke, niedrige Tische zum Schreiben, einige Wandschirme bilden gewöhnlich das Mobiliar. Auch die Wände zeigen mit Ausnahme einer gelegentlichen Friesmalerei oder einer Verzierung an den Wandpfosten nur geringen Schmuck; die oberen Theile der Umfassungswände sind oft mit hölzernen glatterartigen, sehr schön gearbeiteten Verzierungen versehen, welche der Luft und auch den Vögeln freien Zutritt gewähren; letztere bauen

nicht bis an das Dach, oftmals auch die Umfassungswände nicht. Von einer Abgeschlossenheit in unserem Sinne kann daher in einem japanischen Hause keine Rede sein, um so weniger, als eine strenge Eintheilung in Wohn-, Schlafzimmer etc. nicht stattfindet. Jedes Zimmer wird ohne weiteres zum Schlafen benutzt, indem man Decken und Kissen, welche bei Tage in Wandhängen untergebracht werden, auf den Fußbodenmatten ausbreitet. Diese mehrere Zoll starken, aus Rohr geflochtenen Matten sind immer von gleicher Größe, sechs Fuß lang und drei Fuß breit. Ihre Abmessungen sind maßgebend für die Größe der Zimmer, man spricht also z. B. nicht von einem Zimmer, welches zwölf Fuß lang und neun Fuß breit ist, sondern sagt, das Zimmer hat die Größe von sechs Matten.

Die Anlage der Wohnungen richtet sich selbstverständlich nach den Ansprüchen der Gesellschaftsklassen, welchen ihre Bewohner angehören. Während die untersten Volksklassen sich mit einem oder zwei Räumen begnügen, wächst bei gesteigerten Ansprüchen und Wohlstand die Zahl der Räume. Jedes einigermaßen bessere Haus ist mit einem Badezimmer und einem sicheren, für sich gelegenen Wertgelasse versehen. Wenn irgend möglich, so ist das Haus von einem Garten wenigstens auf zwei Seiten umgeben. Bei größeren Häusern werden die Räume häufig um einen inneren Hof, welcher mit Bäumen, Garten-Anlagen und Fontainen geschmückt ist, angeordnet. Die Wohnungen des hohen Feudal Adels bestehen in der Regel aus einer Gruppe verschiedener Häuser, welche durch Galerien und verdeckte Gänge untereinander, sowie mit den Nebengebäuden in Verbindung stehen. Dieselben bedecken mit ihren umgebenden Gartenanlagen und den dieselben einschließenden Befestigungen oftmals Flächen von vielen Morgen Landes.

Noch ausgedehnter stellen sich die kaiserlichen Paläste dem Beschauer dar, welche gleichfalls aus Gruppen verschiedener Bauten bestehen, welche die zum Wohnen, zu feierlichem Empfang, zu Festlich-

(Nachdruck verboten.)

Wie man in Japan wohnt.

Von

M. Saeger, Regierungsbaumeister.

Man lernt ein Volk nur bei sich zu Hause erst richtig verstehen und beurtheilen, und dieses Ziel erreicht man wiederum am besten, wenn man es da aufsucht, wo seine individuellen Neigungen und die alltäglichen Bedürfnisse des Einzelnen am klarsten zum Ausdruck kommen, nämlich im Wohnhause; hier, wo der Mensch den größeren Theil seiner Zeit zubringt, erhält man ein um so treueres Bild seiner Gewohnheiten, als ein jeder zu Hause, wo er sich unbedacht weiß, seinen persönlichen Gewohnheiten freien Lauf läßt.

Der Anblick einer japanischen Straße zeigt hauptsächlich in kleineren Städten und Dörfern eine Reihe einschöner, aus Holz gebauter Häuserfronten von langweiliger Gleichartigkeit. Nur die zerstreuten äußeren Treppen und Galerien, welche vielfach Einblicke in das Innere der Häuser gestatten, sowie die malerisch geschwungenen Dachlinien reizen dieselben vor vollkommener Eintönigkeit.

Die klimatischen Verhältnisse des Landes geben die beste Erklärung für die übliche Bauweise! Das beinahe tropische Klima, häufige Erdbeben und Wirbelstürme bedingen eine luftige, leichte und breitgelagerte Bauweise. Besondere Unterliebe der Bauweise, welche unseren Stilarten entspricht, kennt die japanische Baukunst nicht, dagegen ist die Kunstfertigkeit in der Bearbeitung des Hauptbaumaterials, des Holzes, sowie die Ornamentik der Bauweise sehr hoch entwickelt. Die ganze Bauweise ist sehr leicht, denn abgesehen von den das Dach tragenden Säulen bestehen die Wände vielfach aus Brettern oder auch nur aus hölzernen, mit starkem Papier überzogenen Rahmen; letztere sind so eingerichtet, daß sie leicht verschoben werden können, um aus verschiedenen kleinen Zimmern einen größeren Raum herzustellen. Die Zwischenwände reichen

berichtet. Als der freisinnige Candidat Haupt in Baruth bei Meissenburg den Wagen bestiegen wollte, wurde er mit seinen Begleitern von einer Schaar Anarchisten verfolgt. Raum hatte der Wagen sich in Bewegung gesetzt, so hagelten von allen Seiten Steine auf denselben, wodurch die Wagenfenster zertrümmert und der Wagen beschädigt wurde; mit Stöcken schlug man nach den Insassen des Wagens, und nur durch die Umsicht des Ausschüßers Reich aus Bauhen wurden Haupt und seine Freunde vor den weiteren Insulten geschützt. Und das in dem „gemüthlichen“ Sachsen!

* [Zur Nachwahl in Meiningen.] Abg. Baumhach hat, wie gemeldet, das Mandat für den 5. Berliner Wahlkreis, seinen bisherigen Wahlkreis, angenommen, so daß in Meiningen eine Nachwahl stattzufinden hat. Dort haben die Nationalliberalen auf die Auffstellung eines Gegenkandidaten verzichtet, so daß die Wahl des deutschfreisinnigen Candidaten, des Amtsgerichtsraths Dr. Hermes-Eisfeld, als gesichert anzusehen ist.

Altona 4. März. Bekanntlich wird im Herbst ein Manöver in großartigem Maßstabe an der Küste von Schleswig-Holstein stattfinden. Die Truppen des 9. Armeecorps sollen mit der deutschen Marine einen Küstenkrieg zur Darstellung bringen. Sehr erfährt man Näheres über das militärisch hochinteressante Unternehmen. Danach hat der Kaiser selbst zwei Pläne ausgearbeitet. Unter seiner Leitung wird der jenseits erst ernannte Vice-Admiral Reinhard die Manöverflotte befehligen. Diese setzt sich aus acht Panzerflottillen, einer Kreuzercorvette, drei Aviso's, zwei Torpedobootdivisionen (zwei Schiffschaus Torpedobooten) zu einer stützenden Flotte zusammen. Bemerkenswerth ist, daß die Kreuzercorvette unter Befehl des Prinzen Heinrich steht. Die Truppen des 9. Armeecorps werden von dem commandirenden General v. Leszynski geführt. Beabsichtigt wird ein doppelter Angriff, zunächst auf die schleswig-holsteinische Küste und dann auf die Elbmündungen. Im letzteren Falle wird die unterelbische Eisenbahn, deren Verstaatlichung von der Militärverwaltung aus strategischen Gründen gewünscht wurde und am 1. April d. J. verwirklicht wird, zum ersten Male Gelegenheit haben, ihre Leistungsfähigkeit in Beförderung starker Truppenmassen zu erweisen. Sie wird durch eine größere Anzahl von Transportdampfern der Handelsflotte unterstützt werden. Zur Vertheidigung der Elbmündung wird eine ansehnliche Streitmacht von Altona aus nach Cuxhaven und nach der Mündung des Nord-Dejsee-Canals in die Elbe bei Brunsbüttel geworfen werden. (Köln. Ztg.)

* In Bochum, wo Herr v. Schorlemer das Mandat abgelehnt hat, findet die Nachwahl am 15. März stat. Es candidirt der auch vom Centrum acceptirte Professor Dr. Osthoff in Heidelberg, der im Falle seiner Wahl der deutschfreisinnigen Partei beitreten wird. Seine Wahl ist, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, unweifelhaft.

Italien. Rom, 6. März. [Deputirtenkammer.] Anlässlich der Interpellation Umbriani sprachen in der heutigen Sitzung mehrere Redner für und mehrere Redner gegen die afrikanische Politik der Regierung. Ministerpräsident Crispi führte aus, die Politik der Regierung werde, wenn die Leidenschaft der politischen Parteien sich gelegt haben werde, als eine für das Land ruhmreiche beurtheilt werden. Das Hauptziel der italienischen Politik in Afrika habe darin bestanden, eine Colonie zu gründen und den Handel zu heben. Weber die Occupation des Landes von Manab bis Aeren, noch die Weiterentwicklung der italienischen Action würde niemals die Eifersucht Englands erregen, mit dem sich Italien in vollem Einverständnis befinde. Crispi giebt seiner Verwunderung Ausdruck, daß man jetzt, wo die Italiener nahe daran seien, die Früchte einer glücklichen Politik zu ernten, Beschwerden und Klagen erhebe. Er erwarte ein neues Vertrauensvotum. Die Kammer nahm schließlich (wie schon kurz gemeldet) in namentlicher Abstimmung folgende Tagesordnung an:

„Die Kammer hat die Erklärungen des Ministerpräsidenten Crispi zur Kenntniß genommen, billigt die Richtung und einsichtsvolle Führung der afrikanischen Politik der Regierung und geht zur Tagesordnung über.“ (M. Z.)

Rumänien. AC. [Verlobung des Thronfolgers.] Dem „Standard“ zufolge wird sich Prinz Ferdinand von Hohenzollern, der rumänische Thronerbe, mit einer österreichischen Prinzessin verloben.

Badeimmers nicht gestatten können, giebt es selbst in den kleinsten Dörfern öffentliche Badeanstalten. Hier haben beide Geschlechter gemeinschaftlich! Diese uns sehr gewagt scheinende Gewohnheit bringt durchaus nicht etwa die Unzuverlässigkeiten mit sich, die man erwarten sollte; in Folge der Gewohnheit und sehr strenger Abänderungen gehören Ausfahrten zu den allergrößten Seltenheiten! Uebrigens trifft man diese Sitte ja auch in vielen europäischen Seebädern an, wenn auch mit gewissen Modificationen.

Die Heizung der Zimmer wird, da die leichte Bauart der Wände Schornsteine nicht erlaubt, wenn nothwendig, durch Kohlenbecken, welche in das Zimmer gestellt werden, bewirkt; häufig ist für dieselben im Fußboden ein Loch ausgespart, über welches ein hölzernes Gestell gestülpt wird, um das Hineinfallen von Decken u. dgl. zu verhindern; es leuchtet ein, daß bei derartigen Heizrichtungen, sowie bei der feuergefährlichen Bauweise der Häuser aus Holz und Papier mit Strohdach und Schindeldächern große Schadenfeuer nichts Seltenes sind. Als Schutz dagegen sieht man gewöhnlich auf den Dächern eine Plattform mit großem Wasserbehälter und langstieligem Pinsel, mit dem man bei Feuersbrünsten auf das Dach fallende Feuerbrände und Funken unschädlich zu machen sucht. Alles Wertvolle im Hause aber wird bei Feuersgefahr sofort in den sicheren Aufbewahrungsraum geschafft bezw. zum sofortigen Transport bereit gestellt.

Die Küchen entsprechen nach Lage und Größe natürlich dem Range der Wohnung. In kleineren Häusern und besonders auf dem Lande dient die Küche auch häufig als Esszimmer. In den Städten liegt sie vielfach an der Straße, so daß die Handbedienten, ohne das Haus betreten zu müssen, Zugang haben; von den Wohnräumen ist dieselbe möglichst isolirt, für reichlichen Wasserzufluß wird stets Sorge getragen.

Der Herd besteht bei einfacheren Anlagen aus einer nur wenig über dem Fußboden erhöhten

Amerika. * In Canada tritt immer deutlicher die Neigung hervor, welche auf den Anschluß Canadas an die Vereinigten Staaten hinführt. Derartige Bestrebungen haben mächtige Nahrung durch die Abschaffung des Französischen als Amtssprache im Nordwestbezirk erhalten. Die französischen Canadier behaupten ganz offen ihre Geneigtheit, sich den Vereinigten Staaten anzuschließen. Nachdem sich ein eigener Verein zur Propagation dieses Gedankens in Canada gebildet hat, erklärt jetzt auch „Le National“, das Organ Mercier, des Premiers der ganz französischen Provinz Unter-Canada oder Quebec, wenn die Verfolgung französischer Canadier fortbauere, so würden sie es wohl nothwendig finden, Schutz unter der amerikanischen Flagge zu suchen, und wenn ihre Sicherheit nur durch eine engere Verbindung mit den Vereinigten Staaten gesichert werden könnte, würden sie nicht zögern, die Befestigung der Grenze zwischen den Vereinigten Staaten und Canada zu fordern.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 7. März. Das Abgeordnetenhaus verhandelte heute zunächst über die Vorlage betr. die Zuteilung der Bergverwaltung zum Handelsministerium. Handelsminister v. Berlepsch erschien zum ersten Male im Hause und wurde von Bekannten, besonders rheinischen Abgeordneten, begrüßt. Als Abg. Richter über die Verhandlungen zwischen dem Kaiser und dem Kanzler über die betreffenden Fragen sprach, lächelte Berlepsch, ergriff aber nicht das Wort; ebenso nicht der gleichfalls anwesende Minister Manbach. Abg. Richter fand die Resportirung nicht für genügend in der Vorlage begründet und beantragte deshalb Ueberweisung an eine Commission von 14 Mitgliedern. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Freisinnigen abgelehnt und die Vorlage in erster und zweiter Lesung angenommen. Darauf wurde der Justizetat beendet und der Etat der Staatsschuldenverwaltung ohne Debatte angenommen. Die noch auf der Tagesordnung stehenden kleinen Vorlagen wurden nach unwesentlicher Debatte erledigt. Morgen wird der Etat der Bauverwaltung und der Bericht der Anstaltungscommission beraten.

Abg. Richter erkannte an, daß es sich hier um eine Zweckmäßigkeitfrage handelte, deren Entscheidung aber durch die außerordentlich dürftige Begründung erschwert werde. Dem Redner scheint die Bergbauabtheilung viel engere Beziehungen zum Eisenbahnministerium als zum Handelsministerium zu haben, da der Eisenbahnminister nicht bloß ein großer Kohlenconsument, sondern auch der Hauptverfrachter der Kohle sei; die jetzt schwebende Frage der Aenderungen der Kohlentarife lasse sich nur in engem Zusammenhange mit der Bewegung der Kohlenproduction und des Kohlenabfahes lösen. Wenn in der Begründung der Vorlage besonders auf die Arbeiterfrage hingewiesen werde, so sei daran zu erinnern, daß kein Minister so viele Arbeiter beschäftige und so viel mit unmittelbar praktischen Arbeiterfragen zu thun habe, als gerade der Eisenbahnminister. Die wahren Gründe findet Redner in der allgemeinen Lage und persönlichen Verhältnissen. Der Reichskanzler habe den Beschlüssen des Reichstages zum Arbeiterschutz aufs äußerste widerstrebt; während der Monarch in einer den Anschauungen des Reichstages entsprechenden Weise vorgehen wolle, sei es natürlich, daß er zur Durchführung seiner Pläne einen selbständigen Minister haben wolle, der sich nicht wie der Reichskanzler in entgegengesetzter Richtung engagirt habe. Das sei durchaus verständlich, etwas anderes aber sei es, ob man jetzt über diese augenblickliche Situation hinaus eine andauernde Vergrößerung des Handelsministeriums vornehmen soll, die der künftigen Personalunion des Handelsministeriums mit dem Reichsamt des Innern Schwierigkeiten bereiten würde. Je umfangreicher das preussische Ressort sei, um so schwieriger werde seine Verbindung mit einem Reichs-Ressort sein. Die Ansicht aber, daß wir durchaus einer anderen Organisation der obersten Aemter im Reiche bedürfen, wie sie Hr. v. Bennigsen in der letzten Reichstagsession unter dem Beifall der freisinnigen Partei

Steinschicht, der Rauch zieht durch eine Öffnung in der Decke, die zugleich als Fenster dient, ab; bei besseren Anlagen ist der Herd aus Ziegeln und Lehm mit Kochöffnungen aufgemauert oder auch ganz aus Metall hergestellt. Die Spellen werden zum Essen auf kleinen Brettern jedem Gast einzeln gereicht.

Im allgemeinen machen die Bauten auf den Beschauer den Eindruck von praktisch und verständig ausgeführten Anlagen, wie sie den Anforderungen des Klimas und den Lebensgewohnheiten des Volkes entsprechen; daß die japanische Kunst nicht die Entwicklung in verschiedenen Stilarten und Kunstperioden aufzuweisen hat, wie die Kunst in Europa, erklärt sich zur Genüge aus der abgeschlossenen Lage, sowie der vollständigen Absperrung durch die Machtthaber des Landes aus politischen Gründen, so daß der Kunst keine neuen befruchtenden Ideen von außen zukommen konnten; bei aller technischen Fertigkeit und Verfeinerung des Geschmacks, wie sie sich in den Werken der Klein Kunst Japans kundgiebt, machte daher die japanische Kunst eigentlich keinen Fortschritt, sondern blieb auf der schon seit Jahrhunderten erreichten Stufe ohne merklichen Fortschritt stehen. Doch auch auf diesem Gebiet beginnt der europäische Einfluß an dem Altbergrachten zu rütteln. Die japanische Regierung hat für die zu Regierungszwecken bestimmten großartigen Neubauten die Mitwirkung europäischer Architekten herangezogen; natürlich haben diese, wenn sie auch bei der Ausschmückung ihrer geplanten Bauten einzelne japanische Motive übernommen haben, in der Hauptfache Grundriß und Aufbau in den ihnen geläufigen europäischen Motiven und Formensprachen durchgeführt. Ob diese, wie so manches andere Element moderner europäischer Cultur, in Japan heimlichrecht erlangen werden, wird wesentlich davon abhängen, ob sie sich den Anforderungen des Klimas und der Bodenbeschaffenheit gegenüber als praktisch erweisen werden.

befürwortet habe, sei im letzten Monat in steigendem Maße die Ansicht aller politischen Parteien geworden. Es gehe mit der jetzigen Organisation nicht so weiter. Dieselbe habe namentlich für Preußen eine Verumpfung der Gesehgebung herbeigeführt, die nachgerade für alle Theile unerträglich werde. Nun heiße es, daß der Kaiser und der Kanzler über eine anderweite Organisation der obersten Reichsverwaltung conferiren. Gerade darum aber würde es Redner für falsch halten, sich jetzt endgiltig über einen Gesehentswurf schlüssig zu machen, der thatsächlich nur im Zusammenhang mit allen Fragen der Reform der Verwaltung im Reich und in Preußen beurtheilt werden könne.

Abg. Schult-Bochum (nat.-lib.) will der hohen Befriedigung Ausdruck geben, welche in den Bergbau treibenden Kreisen über die Vorlage empfunden werde. Man begrüße mit Freuden die Rückkehr zu einem Zustande, der sich 30 Jahre lang nach jeder Richtung bewährt habe.

Abg. Röcher (cons.) erklärt sich namens seiner Freunde für durchaus einverstanden mit der Vorlage.

Bei der zweiten Berathung spricht Abg. Richter sein Befremden darüber aus, daß weder aus dem Hause heraus, noch vom Ministerische, wo auch der neue Handelsminister Herr v. Berlepsch heute zum ersten Male erschienen war, auf das von ihm ausgesprochene grundsätzliche Bedenken eingegangen worden sei, daß in Folge dieser Vorlage eine künftige Personalunion zwischen dem preussischen Handelsminister und einem Reichsamt erschwert würde. Gerade angesichts der schwebenden Verhandlung erscheine es nicht angezeigt, sich jetzt mit einer Abstimmung festzulegen.

Bei dem Justizetat spricht sich bei dem Titel Neubau eines Geschäftshauses für das Amtsgericht und Gefängniß zu Pr. Stargard (900 000 Mk.) Abg. Sattler (nat.-lib.) gegen die Höhe der Position aus und wünscht, daß statt der Amtsgerichtsgefängnisse größere Bezirksgefängnisse, die besser als die kleinen Gefängnisse eingerichtet werden können, gebaut werden sollen.

Berlin, 7. März. Das „B. Tagebl.“ meldet, daß nicht im geringsten an eine Auflösung des neuen Reichstages zu denken sei; ebenso wenig habe die Regierung bis jetzt die Bildung einer neuen Majorität ins Auge gefaßt.

Reife, 7. März. Der frühere Minister Friedenthal ist in Giesmannsdorf gestorben.

Sörlich, 7. März. Der Knappenverein zu Gottesberg richtete eine Petition an den Kaiser um Berufung eines niederschlesischen Bergarbeiters in den Staatsrath.

Essen, 7. März. In der heute zu Aöln abgehaltenen Versammlung des rheinisch-westfälischen Roheisenverbandes wurde der günstige Abschluß der Februarstatistik und volle Beschäftigung der Werksbetriebe für längere Dauer constatirt. Preisveränderungen wurden nicht beschlossen.

Wien, 7. März. Das „A. A. Correspondenzbureau“ läßt seiner Mittagsdepesche aus Pest von dem Rücktritt des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza und der Erziehung desselben durch Szapary eine zweite Depesche vom Nachmittage folgen, welche lautet: Gegenüber den bisherigen Meldungen wird bestimmt versichert, daß die Demission Tiszas nicht angenommen ist. Weitere Entschlüsse zur definitiven Entscheidung in der schwebenden Frage sind vorbehalten.

Paris, 7. März. Die meisten Morgenblätter besprechen das gestrige Votum der Deputirtenkammer und bezeichnen dasselbe als einen Beweis für die patriotische Uebereinstimmung der Parteien in den Fragen der auswärtigen Politik. Das „Journal des Debats“ sagt: „Der gestrige Tag war durch eine gehobene Stimmung ausgezeichnet; fortan bilde für die Boulangisten der Krieg die einzige Hoffnung.“ Die „Republique française“ meint: „Die gestrige Sitzung habe eine Stunde lang den traurigen Streit der Parteien vergessen lassen; der cynischen Ausbeutung des Patriotismus durch die Boulangisten habe sich die einmüthige Beobachtung der höheren Interessen des Landes, seiner Ehre und Würde entgegengestellt.“ Der „Figaro“ ist erfreut, daß die Rechte ihre patriotische Pflicht ihrer in theoretischen Sympathien begründeten Unzufriedenheit vorgezogen habe. Auch die radicalen Organe meinen, der gestrige Tag sei ein Ehrentag für die Regierung und die Republik.

Paris, 7. März. Privatnachrichten zufolge sind die in Wyden überfallenen Europäer Agenten Marjeller Handelshäuser. — Der hier tagende Colonialcongress fordert Annectung Dahomeys. — Das Urtheil gegen den General Hubert Caffet ist befähigt worden.

London, 7. März. In Tongking ist die Cholera ausgebrochen. Viele Mannschaften der dort stationirten französischen Truppen wurden hingerafft.

Madrid, 7. März. Die Börsenbehörden zeigen an, daß gefälschte Obligationen der auswärtigen Schuld, Serie C, entdeckt und die gefälschten Obligationen durch das Fehlen eines Theiles der Wassermarken, dickeres Papier und kleine Verschiedenheiten in der Schrift erkennbar seien.

Sofia, 7. März. (Privattelegramm.) Die Gerüchte, Fürst Ferdinand werde zum Frühjahr die Unabhängigkeit Bulgariens proclamiren, werden officiös dementirt.

Petersburg, 7. März. Das „Journal de St. Petersburg“ dementirt neuerdings die Nachricht des „Standard“ über einen russischen General, welcher nach Bulgarien gehen sollte, um dort im Falle des Gelingens des Anschlages Panhas den Befehl zu übernehmen. Ferner dementirt es die Meldung von ernstlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Wiknegradski und Derkowskii betreffend die Emission von Loosen der Landmannsbank. Der-

wowski sei schon seit zwei Jahren nicht mehr Director der Creditkassette, auch seien die politischen Conjecturen falsch, die an die demnächstige Reise des Fürsten von Montenegro nach Petersburg geknüpft würden. Diese Reise sei garnicht in Frage gekommen.

Petersburg, 7. März. (Privattelegramm.) Die meisten Blätter finden die Rede des deutschen Kaisers räthselhaft, nur die „Nowoje Wremja“ bezieht dieselbe auf die innere Politik. Die „Nowosti“ meinen, die Rede enthalte die Quelle des Vertrauens des Kaisers in die Erhaltung des Friedens. Man dürfe eine Aera fruchtbarer innerer Arbeit zum Wohle Deutschlands und Europas erwarten.

Danzig, 8. März.

* [Beförderung von Getreide in loser Schüttung.] Mit dem 1. März ist, wie die königl. Eisenbahndirection zu Bromberg jetzt bekannt macht, verjüngt weise im Lokal- und gegenseitigen Verkehr der preussischen Staatseisenbahnen die Vergütung in Kraft getreten, daß die Beförderung von Getreide (Weizen, Roggen, Hafer, Gerste und Mais), sowie Aelte in Wagenladungen auch in loser Schüttung unter nachfolgenden Bedingungen zulässig sein soll: 1. Die Beförderung hat in gewöhnlich gebachten Wagen zu erfolgen. 2. Die Verladung und die Sicherung des verladenen Gutes gegen Verstreuen ist Sache des Verladenden. Die hierzu verwendeten Verpackungen werden nach Maßgabe der allgemeinen Tarifvorschriften kostenfrei an den Verladenden zurückbefördert. 3. Bei unvollständiger Aufgabe ist vom Verladenden nach Vorchrift des Betriebsreglements besonders zu declariren. 4. Bei bahnspezifischer Entladung auf Antrag des Empfängers oder nach Ablauf der Entladefrist wird neben den Kosten für etwa erfolgte Beschaffung oder Anmischung von Säcken eine besondere, aus dem Lokalgütertarife der in Betracht kommenden Verwaltung zu ersiehende Gebühr erhoben. Bezüglich des russischen Getreides verbleibt es bei den für die Umladung an den Grenzübergangsstationen beim für die Entladung auf den Empfangsstationen getroffenen Sonderbestimmungen.

ph. Dirschau, 7. März. Der hiesige Männer-Gesangverein hat beschlossen, die Veranstaltung eines Sangesfestes in diesem Jahre zu übernehmen. Als Termin ist der 6. Juli festgesetzt worden.

s. Witow, 6. März. Zum Besten des hier zu errichtenden Kaiserdenkmals fand eine Theateraufführung von Dilettanten statt, die eine erhebliche Summe zu der von unserem Mitbürger Ramke unternommenen Selbstsammlung eingebracht hat. — Seit einiger Zeit haben die unteren Klassen der hiesigen Schulen durch die hier unter den Kindern herrschende Masern-Arkrankheit erhebliche Störungen zu leiden; in letzter Zeit hat sich die Zahl der fehlenden Kinder bis auf mehr als 30 Proc. gesteigert. — Nicht weniger als sechs Abiturienten hat unsere kleine Stadt zu diesem Ostertermin zur Zahl derjenigen, welche jetzt das Maturitätszeugniß erlangt haben, gestellt. Drei dieser jungen Leute haben das Abiturientenexamen in Schneidemühl und je einer in Posen, Rogasen und Pr. Stargard gemacht. Die Vorbildung bis zum Eintritt in die Terzia haben diese jungen Leute auf der hiesigen gehobenen Schule erhalten.

Naturforschende Gesellschaft.

Sitzung am 19. Februar 1890.

Der Director der Gesellschaft Herr Prof. Dr. Bail eröffnet die Sitzung und legt als neu eingegangene Geschenke für die Sammlung vor: Einen Steinhammer, aus Xenit gearbeitet, von Herrn Rittergutsbesitzer Abergg; eine Sammlung gut conservirter brasilianischer Käfer von Herrn Dr. Böttcher-hier; sowie eine Collection verfeinerter Hüher und anderer Dinosaurier von Herrn Generalagent Dehre-hier. Zugleich spricht derselbe den freundlichen Geschenkegebern den Dank der Gesellschaft aus.

Herr Realgymnasiallehrer Schulte theilt einige selbst angefertigte Naturbeobachtungen mit. Anknüpfend an einen im Jahre 1882 über die Schlangen des Kreises Rosenberg hier gehaltenen Vortrag bespricht Herr Schulte die äußeren Merkmale der Azeuotter, Pelias borus L., ihre Verbreitung in Europa, die von ihr bevorzugten Wohnplätze und ihre Lebensweise. Sie tritt in zahlreichen Farben-Varietäten auf, von denen die oben und unten fleischwarze (P. prester) besonders hervorgehoben wird. Lieblingsaufenthaltsorte der Azeuotter sind der lockere Boden und Höhlungen im Wurzelgefäße stehender Baumstümpfen auf abgeholztem Waldboden. Stellenweise sammeln sie sich hier in für die ganze Uegenend gefährdender Weise an.

Neben der Jagd auf Mäuse betreibt die Azeuotter eifrige Nachstellungen auf Vögel, wie der Vortragende in Uebereinstimmung mit anderen Beobachtern in mehreren Fällen hat constatiren können. Es werden eingehende Schilderungen dieses Vogelfanges gegeben, welche an anderer Stelle ausführlichere Wiedergabe finden sollen.

Im Anschluß hieran werden die zweite bei uns vorkommende Schlange, die ganz ungefährliche Ringelnatter, und die häufig für eine Schlange gehaltene Blindschleiche — eine fußlose Eidechse — in ihren äußeren Merkmalen geschildert. — Conservirte Exemplare der genannten Arten dienen zur Demonstration.

Von sogenannten Geipenkererscheinungen weiß fast jedermann zu erzählen, ohne aber dieselben auf ihre reale Grundlage hin zu prüfen und so die Nichtigkeit solcher Spukgeschichten darzuthun. Der Vortragende berichtet über eine derartige „Erscheinung“ in Menschengestalt von ungeheuerlichen Dimensionen, welche abergläubische Beschauer wohl in Angst und Schrecken versetzt hätte. Eine eigenthümlich gestaltete Birke, von Dampfausdunstungen des Bodens umhaucht und von dem unsicheren Licht der untergehenden Sonne beschienen, war die natürliche Grundlage dieser sonderbaren Spukgestalt.

Herr Dr. Lakowitz spricht über die neueren, die deutschen Meere und den atlantischen Ocean betreffenden, biologischen Meeresuntersuchungen, welche in jüngster Zeit in der von Prof. Jensen geleiteten deutschen Planktonexpedition nach dem atlantischen Ocean ihren besonderen Ausdruck erhalten haben. Seit dem Ende der sechziger Jahre wandte man sich in Deutschland dem Studium der Seefischerverhältnisse zu und strengte alle Kräfte an zur Förderung und Hebung der heimischen Seefischerei; gingen doch zur Deckung des inländischen Bedarfs an Meeresfischen jährlich bedeutende Summen deutschen Geldes ins Ausland. Einer vom preussischen Landwirtschaftsministerium eingesetzten Commission, mit dem Sitze in Kiel, wurde die wissenschaftliche Erforschung der Lebensbedingungen unserer nützlichen Meeresfische als Aufgabe gestellt. Hierzu gehörte die Feststellung der physikalisch-chemischen Verhältnisse des Ost- und Nordseewassers, der Wärme-, Luftdruck- und Mitterungsverhältnisse

